



Medienkonferenz vom 11. Januar 2010

«Gewerkschaften und Konsumentenpresse sagen Nein zur geplanten Rentensenkung»

Weshalb die Konsumenten am 7. März Nein stimmen sollen

Von René Schuhmacher, Publizistischer Leiter Konsumentenzeitungen K-Tipp und Saldo

Der K-Tipp wie Bon à Savoir stehen für unabhängige Produktetests. Die Redaktionen nehmen auch regelmässig Versicherungen unter die Lupe. Deshalb sind die Kosten und Leistungen der Pensionskassen für den K-Tipp ein Thema.

Bei der Abstimmung vom 7. März steht für die Angestellten viel auf dem Spiel: Nach 2003 soll ihre künftige Pensionskassen-Rente schon wieder gekürzt werden.

Es geht um happige Beträge. Beispiel: Ein 50-jähriger Arbeitnehmer, der heute brutto 6000 Franken im Monat verdient und seit 1985 in die Pensionskasse einzahlt, würde nach der Pensionierung insgesamt rund 34 000 Franken weniger Rente erhalten als bisher.

Die detaillierte Analyse der Abstimmungsvorlage vom 7. März ergibt: Pensionskassen und Versicherungen wollen die Kürzung mit falschen Zahlen beliebt machen. Sie gehen von einer unrealistischen hohen Lebenserwartung aus. Und von pessimistischen Zinserträgen, die weit unter den tatsächlichen Renditen der letzten Jahrzehnte liegen.

Stichwort Lebenserwartung: Geht man von der Statistik der tatsächlichen Todesfälle aus, reicht der Umwandlungssatz von 6.8 auch bei einer Erhöhung der künftigen Lebenserwartung noch lange aus. Heute haben wir rund zwei Jahre Reserve.

Diese Rechnung basiert auf einem technischen Zinssatz von 3,5 Prozent. Dieser Kapitalertrag ist in den letzten Jahrzehnten im Durchschnitt bei weitem übertroffen worden. Nicht nur vom Kapitalmarkt, auch von den Pensionskassen.

Der Umgang der Versicherungen mit der durchschnittlichen Lebenserwartung ist sehr flexibel. Je nach Art der Versicherung werden andere Tabellen verwendet. Je nach Art der Versicherung leben die Schweizer also unterschiedlich lang. Geht es um den Umwandlungssatz der Pensionskasse, leben die Versicherten am längsten. Geht es um die Entschädigung von Verunfallten, ist die Sterblichkeit bedeutend höher. Noch höher ist sie bei den Tabellen für Todesfallrisikoversicherungen. Mit andern Worten: Nicht statistische Fakten (Todesfälle) bilden die Grundlagen für die angewendeten Tabellen, sondern kommerziell interessante Prognosen. Dieses Denken widerspricht der Konzeption der obligatorischen zweiten Säule. Sie soll ein Teil des Einkommens der Versicherten absichern, nicht die Gewinne oder Überschüsse von Lebensversicherungen und Pensionskassen.

Sollten unvorhersehbare Entwicklungen eintreten, wäre genügend Zeit für eine Reaktion vorhanden. Am 7. März wird über eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 6.4 ab 2016 abgestimmt. Das könnte man bis 2015 noch beschliessen.

Fazit: Weniger Rente bei gleich hohen Lohnabzügen wie bisher – das ist mindestens im heutigen Zeitpunkt nicht zu begründen. Mit einem Nein an der Urne kann die Kürzung verhindert werden.